



Inklusiv. Sozial. Gerecht.

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Katrin Werner.
Behindertenpolitische Sprecherin der Linksfraction.

Liebe Leserinnen und Leser,

die Bundesregierung missachtet weiterhin die Empfehlungen des UN-Ausschusses zum Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderungen. Nach dessen Empfehlungen muss Menschen mit Beeinträchtigung in Deutschland der Zugang zum allgemeinen Arbeitsmarkt eröffnet und bestehende Diskriminierungen bei der Eingliederung abgeschafft werden. Jedoch verweigert die Bundesregierung weiterhin entsprechende Maßnahmen.

Auch die Menschenrechtslage in der Türkei verschlechtert sich zusehends. Hunderte Zivilisten sind bereits vom türkischem Militär und der Polizei in den kurdischen Gebieten getötet worden. Städte werden belagert, Stadtviertel mit Panzern beschossen und die türkische Luftwaffe bombardiert die Bevölkerung. Mehr dazu weiter unten.

Außerdem gibt es noch viele weitere Interessante Neuigkeiten aus Berlin.

Viel Spaß beim Lesen!

Katrin Werner

Behindertenpolitik

Bundesregierung sieht keinen Handlungsbedarf für strukturelle Veränderungen in Behindertenpolitik!



"Die Bundesregierung missachtet Empfehlungen des UN-Ausschusses zum Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderungen. Nach den Empfehlungen muss Menschen mit Beeinträchtigung in Deutschland der Zugang zum allgemeinen Arbeitsmarkt eröffnet und bestehende Diskriminierungen bei der Eingliederung abgeschafft werden. Die Bundesregierung weigert sich, die Schlussfolgerungen des Ausschusses infolge der ersten Individual-Beschwerde im Fall Gröninger vs. Deutschland anzuerkennen und sieht ?keinen Bedarf für strukturelle Änderungen? der Gesetze und Rechtspraxis. Die UN-Behindertenrechtskonvention spricht dabei

eine klare Sprache: Menschen mit Behinderungen sind handelnde Akteure und Rechtsträger. Die Bundesrepublik ist verpflichtet, unter Wahrung ihrer individuellen Autonomie die volle und wirksame Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.", erklärt die Bundestagsabgeordnete Azize Tank, Sprecherin für Soziale Menschenrechte der Bundestagsfraktion DIE LINKE. anlässlich der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage "Soziale Menschenrechte von Menschen mit Behinderung und Diskriminierungen beim Zugang zum Arbeitsmarkt". **Weiterlesen**

Aktuelles

Wahlwerbespot der LINKEN Rheinland-Pfalz



Heute hat DIE LINKE Rheinland-Pfalz ihren Wahlwerbespot zur Landtagswahl vorgestellt. Bevor der Spot im Fernsehen läuft, kann man sich ihn bei YouTube anschauen: **Wahlwerbespot bei YouTube**



Inklusion braucht Investition

Bei der Anhörung des Ausschusses Arbeit und Soziales zum Antrag der LINKEN im Bundestag "Gute Arbeit für Menschen mit Behinderungen" wurde erneut deutlich, dass der Weg hin zu einem inklusiven Arbeitsmarkt in Deutschland noch weit ist. Die Sachverständige Silvia Helbig vom Deutschen Gewerkschaftsbund brachte es bei ihrer Beschreibung der gegenwärtigen Politik der Bundesregierung auf den Punkt. Alle im Nationalen Aktionsplan festgelegten Maßnahmen stünden unter dem Motto: Es darf nichts kosten und die Unternehmen dürfen nicht belastet werden. **Weiterlesen**



Solidaritätserklärung mit der Bevölkerung in der Türkei ? Kein Krieg gegen die KurdInnen!

Hunderte Zivilisten sind bereits von türkischem Militär und Polizei in den kurdischen Gebieten getötet worden. Städte werden belagert, Stadtviertel mit Panzern beschossen. Die türkische Luftwaffe bombardiert die Bevölkerung. Auch die Menschenrechtslage in der Türkei insgesamt verschlechtert sich zusehends. **Weiterlesen**



LINKE für bessere psychologische Betreuung von Schülerinnen und Schülern

Derzeit kommt in Rheinland-Pfalz eine Schulpsychologin beziehungsweise ein Schulpsychologe auf 10.000 Schülerinnen und Schüler. Der Schulpsychologenverband schlägt nun Alarm, weil die Belastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter immer größer wird. Das Land jedoch verkauft die Beibehaltung des Personalnotstands als Erfolg. Hierzu erklärt Julian Theiß, Kandidat der rheinland-pfälzischen LINKEN für die Landtagswahl auf Listenplatz vier: **Mehr**

»Soziale Kälte und solidarisches Miteinander: Das geht nicht zusammen«



Die Zerreißprobe, vor der viele die Europäische Union derzeit sehen, sei hausgemacht, betont Sahra Wagenknecht in ihrer Rede zum Europäischen Rat. Die Ungleichheit in Europa wachse, demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten nähmen ab. Die Kanzlerin müsse mit Blick auf Syrien die Türkei stärker unter Druck setzen, die Bombardements auf Kurden einzustellen und die Eskalation gegen Russland zu beenden. Deutschland müsse zudem Waffenlieferungen in Krisengebiete stoppen, behauptet Fraktionsvorsitzende Sarah Wagenknecht. **Mehr**



Fordern ohne fördern

Die CDU will die Integration von Flüchtlingen beschleunigen und gleichzeitig die Zahl der nach Deutschland kommenden Schutzsuchenden reduzieren. Anstatt der ursprünglich gedachten Aussetzung des Mindestlohns sollen demnach Asylberechtigte und anerkannte Flüchtlinge bis zu sechs Monate in Praktika ohne Mindestlohnanspruch geparkt werden. Sevim Dagdelen nimmt den "Masterplan" der Union unter die Lupe. **Weiterlesen**



»Der Staat setzt sich selbst schachmatt«

Nahezu jede zweite Neueinstellung im öffentlichen Dienst war 2014 befristet. In den vergangenen zehn Jahren hat sich der Anteil der sachgrundlos befristet Beschäftigten verdoppelt ? von 17,5 auf 35,7 Prozent. Das ergab eine Anfrage von Jutta Krellmann. Diese Zahlen sprechen ihrer Ansicht nach eine deutliche Sprache: "Der Ausverkauf hat begonnen, die Verwaltung soll genauso privatisiert werden wie die öffentliche Daseinsvorsorge." **Weiterlesen**



»Früh übt sich«

Im Jahr 2015 waren von 21.000 Rekrut*innen der Bundeswehr 1.515 minderjährig. Welche Folgen aus zunehmender gezielter Militarisierung ergeben sich für die psychologische Entwicklung junger Menschen? Was macht das mit unserer Gesellschaft im Ganzen? Mit diesen Fragen befasste sich am Mittwoch die Kinderkommission des Bundestages auf Initiative ihres Vorsitzenden Norbert Müller. **Weiterlesen**



Die digitale Ungleichheit eindämmen

Zum Abschluss unserer Serie über Ungleichheit in Deutschland beleuchtet Fraktionsvize Jan Korte, wie es um die informationelle Selbstbestimmung in unserem Land bestellt ist. Sein Fazit: "Regelmäßig rühmt sich die Bundesregierung, was sie nicht alles zum Schutz der IT-Sicherheit und der Privatsphäre unternehmen würde. Jeder, der etwas genauer hinsieht, stellt jedoch fest, dass es damit nicht weit her ist. **Weiterlesen**



»Die Luft ist für niemanden sauberer geworden«

Der VW-Abgasskandal war am Donnerstag erneut Thema im Bundestag, der in einer Aktuellen Stunde über den Stand der Aufklärung und Konsequenzen debattiert. "Die Regierung schaute sehenden Auges zu, wie die Autoindustrie tausendfache Körperverletzung mit Todesfolge beging", greift Sabine Leidig "Verschleierungsminister" Dobrindt scharf an. **Weiterlesen**



DIE LINKE vom 17. - 19. Februar im Plenum

Der Bundestag hat sich in der letzten Sitzungswoche mit folgenden parlamentarischen Initiativen der Fraktion DIE LINKE beschäftigt. **Hier nachlesen**

Termine und Ankündigungen

Sahra Wagenknecht in Trier

FREITAG 26. FEBRUAR 2016 19:00 UHR - IAT HOTEL, ZURMAIENER STR. 164, TRIER **Mehr**

Informationen

Rico Gebhardt in Landau

FREITAG 19. FEBRUAR 2016 19:00 UHR - FOYER IM ALTEN KAUFHAUS RATHAUSPLATZ 9, 76829 LANDAU IN DER PFALZ **Mehr**

Straßenwahlkampf mit Rico Gebhardt in Neustadt

SAMSTAG 20. FEBRUAR 2016 11:00 ? 16:00 UHR - HAUPTSTRASSE NEUSTADT

Sonntagsmatinée mit Rico Gebhardt

SONNTAG 21. FEBRUAR 2016 11:00 ? 14:00 UHR - GASTSTÄTTE AM SPORTPARK, RAFFEISENSTRASSE 1, 67346 SPEYER

Sahra Wagenknecht in Ludwigshafen

DONNERSTAG 25. FEBRUAR 2016 18:00 UHR - DAS HAUS, BAHNHOFSTRASSE 30, 67059 LUDWIGSHAFEN **Mehr Informationen**

Kontakt

Bundestagsbüro in Berlin

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: (030)-227-74335

Telefax: (030)-227-76337

E-Mail: katrin.werner@bundestag.de

Wahlkreisbüro in Trier

Paulinstr. 1-3

54292 Trier

Telefon: (0651)-1459225

Telefax: (0651)-1459227

E-Mail: katrin.werner.wk@bundestag.de

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

DIE LINKE.
RHEINLAND-PFALZ

DIE LINKE.
Kreisverband Trier-Saarburg

DIE LINKE.
Linksfraktion im Trierer Stadtrat

Anmelden / Abmelden